Nummer 43

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 75. Jahrgang. Sonntag, 26. Januar 1930

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse sowie ausführliche Berichte über die internationalen Börsen, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten

Für Manuskripte keine Verantwortung | Flugsport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman | Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwortl. Leiter Handelsteil: Walther Funk, Polit. Teil: Dr. Richard Jügler, Kunst und Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sport: Gerhart Reniker, Inseratenteil: L. D.: A. Lorenz, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12 gespaltene Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugspreis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche wöchtmal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband oder Postanweisung. Postanweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich und Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im 1. Quartal 1930 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 155 franz. Francs, Belgien 44 Belga, Schweiz 40 schweizerische Franken, Holland 16 holländ. Gulden, Dänemark 22 dänische Kronen, Schweden 27 schwedische Kronen, Norwegen 28 norwegische Kronen, England 30 Schilling, Italien 120 Lire, Rumänien 1200 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 60 Milreis, Argentinien 18 Pesos, Jugoslawien 400 Dinare, Oesterreich 38 Schillinge, Litauen 70 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 300 finnische Mark, Estland 22 estnische Kronen, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark, U. d. S. S. R. 30 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Die Volkspartei am Scheidewege.

Die Versuche, in Preußen durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei die Große Koalition herzustellen, haben vorläufig lediglich zu einem grotesken Gerauſe der beteiligten Parteien um Posten und Aemter geführt. Die, die gestern noch friedlich wie Lämmlein auf der fetten Weide der Weimarer Koalition dahintraten, beschimpfen jetzt einander und werfen sich gegenseitig Anmaßung und Größenwahn zu. In diesem Stadium vermißt man also noch die Eintracht, die notwendig ist, um auf ihr das alte Gebäude zu vergrößern und zu verbreitern. Aber die Entscheidung soll ja erst nächste Woche fallen — man kann also noch nicht wissen, ob alle die heute Feilschenden in der nächsten Woche sich doch in den Armen liegen und den Sulkurs von rechts freudig begrüßen werden.

Hierzu bedarf es noch der Stellungnahme der Deutschen Volkspartei. Wir möchten die letzte Gelegenheit nicht versäumen, um diese noch auf besondere Gefahren hinzuweisen, die ihr drohen.

Die stärksten Antriebe zur Einbeziehung der Volkspartei in die preußische Koalition gehen von der Sozialdemokratie aus. Da in Preußen nicht der geringste aktuelle Anlaß für die Verbreiterung der Regierungsbasis in diesem Augenblick vorhanden ist — wie ja auch die Meldung vom Beginn derartiger Verhandlungen allgemein überrascht hat —, so müssen die Beweggründe anderswo liegen. Auf der Suche danach braucht man nur von der Prinz-Albrecht-Straße bis zum Reichstag zu gehen. In diesem stolzen Haus, das schon der Schauplatz so vieler Schachzugeschäfte gewesen ist, plant die Partei des Herrn Braun einen neuen großen Schlag: unter den Entscheidungen des Reichstages, die in der nächsten Zeit erfolgen müssen, ist im Rahmen der Finanzreform den Sozialdemokraten es das wichtigste, die Erledigung der Arbeitslosenversicherungsfrage doch noch im Sinne des Marxismus und im Gegensatz zu der Wirtschaftsnot und den dringenden Erfordernissen der Besserung der Reichsfinanzen durchzusetzen. Sie brauchen zu diesem Zweck die Deutsche Volkspartei. Wenn sie jetzt die Deutsche Volkspartei in Preußen vor den Wagen der Weimarer Koalition spannen, erhält die schwankende Große Koalition im Reiche eine derartige Stützung, daß die Sozialdemokraten in ihr hemmungsloser schalten und walten können als bisher. Sie spekulieren darauf, daß, wenn Anfang Februar in Preußen die Große Koalition zustande kommt, ein paar Wochen später im Reich die Deutsche Volkspartei die Große Koalition nicht sprengen kann. Dann soll die Deutsche Volkspartei trotz der durch sie vertretenen starken wirtschaftlichen Belange das Joch eines sozialdemokratischen Sieges in der Arbeitslosenversicherungsfrage auf sich nehmen. Die Deutsche Volkspartei soll gezwungen sein, bei all den hochbedeutsamen wirtschaftspolitischen Entscheidungen der nächsten Zeit im Reich durch die Große Koalition in Preußen gehemmt und zu Kompromissen gepreßt werden.

Hier drohen Gefahren, die an die Grundprinzipien und an den Bestand der Deutschen Volkspartei rühren. Wir hoffen, daß die leitenden Männer der Deutschen Volkspartei in der beginnenden Woche sich ihrer Verantwortung bewußt sein werden.

*

Der heftige Widerstand der Demokraten gegen die Ersetzung Dr. Beckers durch den Sozialdemokraten König, wie überhaupt gegen die Umbildung der preußischen Regierung, hat naturgemäß im sozialdemokratischen Lager stark verstimmt. Besonders das „Berliner Tageblatt" hat sich mit seinem geharnischten Protest gegen die „Parteiarithmetik", der Herr Becker geopfert werden solle, den Unwillen der sonst jenem Blatte so wohlgesinnten Marxisten in höchstem Maße zugezogen. So sieht sich denn das sozialdemokratische Parteiorgan, der „Vorwärts", veranlaßt, dem „Berliner Tageblatt" vorzurednen, daß die Demokratische Partei in Preußen bei einer Fraktionsstärke von 21 Abgeordneten seit fünf Jahren drei Minister stellt, so daß auf je sieben demokratische Abgeordnete ein Minister kommt.

„Nun gibt es — so fährt der „Vorwärts" fort — allerdings Leute, z. B. in der Redaktion des „BT.", die diesen Zustand ganz in der Ordnung finden, weil sie in der holden Einbildung leben, daß bei ihnen die Autorität in allen „Fragen künstlerischer, kultureller und wissenschaftlicher Art" konzentriert sei. Ohne uns in einen Meinungskampf mit einem unbelehrbaren „Marxismus" hierüber einlassen zu wollen, möchten wir feststellen, daß selbst diese schätzenswerten Eigenschaften keine unbedingte Fähigkeit zum Regieren garantieren."

Folgt eine herbe Kritik der bisherigen Ministertätigkeit des Herrn Becker, der nach sozialdemokratischer Ansicht viel zu viele „philosophiegetränkte Reden" gehalten und darüber es verabsäumt hat, eine „den heutigen Staatsbedürfnissen angemessene Personalpolitik im Sinne einer Republikanisierung des Staatsapparats" zu treiben. — Gegen diesen Vorwurf wird man Herrn Dr. Becker allerdings in Schutz nehmen und ihm das Zeugnis ausstellen müssen, daß er während seines ganzen bisherigen Wirkens stets den denkbar größten Eifer entwickelt hat, um den Wünschen und Befehlen einer hochmächtigen Sozialdemokratie gehorsamst nachzukommen. Wäre es sonst noch überhaupt möglich, daß ein Mann wie der berüchtigte Oberstudiendirektor Kawerau noch immer im Amte ist? — Doch wenn es um die „Parteiarithmetik" geht, kennt die Sozialdemokratie keine Gnade. So stellt denn der „Vorwärts" am Schluß seines Artikels fest:

„Wir Sozialdemokraten fassen es durchaus nicht als Aufgabe unserer Partei auf, die Truppen für anhanglose demokratische Generäle zu stellen, zumal wir irgendeine qualitative Ueberlegenheit dieser Spezies in bezug auf Führerbegabung bisher nicht haben feststellen können, sondern eher das Gegenteil. Für die Demokratische Partei handelt es sich kurz und schlicht gesprochen, um die Frage, ob sie mit der Illusion eine Ende machen will, daß die politische Zufallsstellung, die ihr als der kleinsten Koalitionspartei die meisten Ministerien gab, für sie den Anspruch auf eine Lebensstellung bedeute."

Das ist — man kann nur sagen — eine recht deutliche, wenn auch unter Koalitionsgenossen ziemlich ungewöhnliche Sprache. Sie sollte der Deutschen Volkspartei eine Lehre sein, wie die Sozialdemokratie bürgerliche Parteien zu behandeln pflegt, die sich zu ihren Schleppträgern erniedrigt haben.

Wieder eine Zaleski-Krise.

Mißtrauensabstimmungen im polnischen Haushaltsausschuß.

Warschau, 25. Januar.

Der Haushaltsausschuß des Sejm hat heute bei der Abstimmung über den Haushalt des Ministeriums des Aeußern die Summe von drei Millionen Zloty aus dem Dispositionsfonds und eine Million aus dem Propagandafonds des Ministers des Aeußeren Zaleski gestrichen. Dieses Abstimmungsergebnis hat großen Eindruck gemacht, da der Minister früher erklärt hatte, daß er aus einer Kürzung des Dispositionsfonds die Folgen ziehen müsse. Minister Zaleski hat nach der Abstimmung den Ausschuß demonstrativ verlassen.

Die Abstimmung ist die Folge der Debatte, die — wie wir bereits mitteilten — zu scharfen Angriffen gegen Zaleski führte, dem u. a. vorgeworfen wurde, sein Dispositionsfonds werde zu innerpolitischen Zwecken im Sinne einer Unterstützung des Pilsudski-Regimes und seiner Presse gebraucht. Die endgültige Entscheidung über die beschlossenen Streichungen am Etat des Außenministers hat natürlich die Vollversammlung des Sejm zu treffen.

In der heutigen Sejmsitzung brachte die kommunistische Fraktion einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung ein. Das Haus stimmte mit Ausnahme der Kommunisten gegen diesen Antrag.

Arbeitslosenausschreitungen in Graudenz.

TU Graudenz, 25. Januar.

Infolge Schließung zahlreicher Betriebe ist die Arbeitslosigkeit in Graudenz in letzter Zeit erheblich gestiegen. Im Zusammenhang hiermit veranstaltete eine tausendköpfige Erwerbslosenmenge Kundgebungen in den Straßen der Stadt. Als die Polizei einschritt, wurde sie von den Erwerbslosen mit Steinen beworfen, wobei mehrere Polizisten verletzt wurden. Darauf rückte Feuerwehr an, die die Menge mit Wasserstrahlen auseinandertrieb.

Am Nachmittag sammelten sich wieder zahlreiche Arbeitslose in der Nähe des Marktes. Sie wurden von der Polizei vertrieben, mehrere Personen wurden verletzt. Darauf überfiel eine Gruppe Erwerbsloser den Oberbürgermeister Dr. Wodek, der sich in eine Apotheke flüchten mußte und erst von der Polizei befreit werden konnte.

Ergebnislose erste Woche in London

Ein „Arbeitsordnungs-Entwurf" der Flottenkonferenz aufgestellt.

TU London, 25. Januar.

Von dem Generalsekretär der Flottenkonferenz, Sir Maurice Hankey, ist den einzelnen Abordnungen ein Entwurf einer Arbeitsordnung für die Konferenz übermittelt worden. Ein Teil der Abordnungen hat bereits hierzu Stellung genommen. Die Japaner verlangen zuerst Verhandlung der Schlachtschiffe, die Amerikaner zuerst Erledigung der Kreuzerfrage. Von der am Montag stattfindenden Sitzung der Hauptvertreter wird eine weitergehende Klärung dieser Frage erwartet.

Grundsätzlich wesentlich ist hieran, daß die allgemeinen Verhandlungen und insbesondere die englisch-französischen Besprechungen nun ein Stadium erreicht haben, um allmählich die Ausarbeitung eines Planes für die Behandlung der Einzelfragen zu ermöglichen. In im allgemeinen wohlunterrichteten Kreisen verlautet, daß die auch in einem Teil der englischen Presse angedeuteten Zugeständnisse an Frankreich, die teilweise bereits gemacht, zum anderen Teil in Aussicht gestellt sind, noch weitergehen, als bisher behauptet wurde. Auf amerikanischer Seite ist insofern eine Verschiebung eingetreten, als die diesswöchigen Verhandlungen genügten, um die sehr klaren Ziele der Amerikaner etwas ins Wanken zu bringen. Die Franzosen haben es verstanden, bei den Engländern und Amerikanern die Ueberzeugung hervorzurufen, daß nur Zugeständnisse an ihren Standpunkt die Konferenz vor einem fatalen Mißerfolg bewahren können. Das Ergebnis ist daher eine starke Verschleierung der Programme seit Beginn der Konferenz. Die Vorteile hieraus zögen die Franzosen, die deshalb auch eigentlich — trotz der den gegenteiligen Anschein erweckenden Meldungen aus Paris — die einzigen sind, die der bisherige Verlauf der Verhandlungen in hohem Grade befriedigt.

*

Wie vorauszusehen war, wissen auch die „eingeweihtesten" französischen, englischen und amerikanischen Journalisten aus ihren Anstrengungen während der letzten vierundzwanzig Stunden nur kümmerliche Resultate zu berichten. Irgendwelche politischen Schlüsse über Ergebnisse und neue Orientierungen hieraus zu ziehen, ist aber völlig abwegig. Leider verstärkt sich die Befürchtung, daß Macdonald — dem merkwürdigerweise bei Korsettstangen Snowdens zu fehlen scheinen — vor der französischen schneidigen Haltung Tardieus kapitulieren wird.

In Paris ist die Blickrichtung nach Rom hin dabei noch vielfach maßgebend. Der römische Korrespondent des „Journal des Debats" polemisiert ganz offen gegen die französische Haltung in London. Man sehe im Augenblick nicht, wie eine Einigung möglich sei. Auf jeden Fall werde die französische Delegation nicht von ihren Forderungen über die französische Flottenstärke im Mittelmeere abweichen. Besonders der Mailänder „Corriere della Sera" betont sehr energisch die gegensätzliche Auffassung zu den französischen Forderungen und glaubt auch, daß die Amerikaner auf der italienischen Seite stehen, eine Meinung, der aber von anderen Seiten vielfach widersprochen wird.

Die Katastrophe auf den Getreidemärkten.

Von

Karl Hepp,

Präsident des Reichs-Landbundes, M. d. R.

Wenn der Getreidemarkt auch in allen seinen Gliedern schwer krank ist, so ist doch außer den Nachbargebieten der Gerste und des Hafers, bei denen die gleichen Verhältnisse vorliegen, der Roggenmarkt das Hauptsorgenkind, da der Roggen in Berlin am 21. Januar 1930 mit 152 bis 154 Mark je Tonne weit unter dem Friedensstande notierte, wobei noch nicht einmal die Geldentwertung berücksichtigt ist. Welche Gründe haben zu dieser katastrophalen Entwicklung geführt, hätte man ihr rechtzeitig begegnen können, und was kann jetzt noch zur Rettung des Restes der in der Hand der Landwirte befindlichen Ernte geschehen?

Die Gründe des Zusammenbruches des Roggenmarktes sind zunächst einmal in der Aufeinanderfolge zweier besonders guter Erntejahre zu finden. So haben wir aus dem Vorjahre einen Restbestand von nicht ganz einer Million Tonnen in das laufende Jahr mit hineinnehmen müssen. Nach Abzug des Bedarfes für menschliche Ernährung, für Saat, industrielle Zwecke, Eigenverbrauch der Landwirtschaft, normale Exportmöglichkeiten ergibt sich heute ein Ueberschuß von etwa einer Million Tonnen, der den Markt verstopft, den Preiszusammenbruch mitverschuldet und daher jetzt noch irgendwie untergebracht werden muß. Dazu kommt der gute Ausfall der Futtergetreideernte, besonders auch an Mais, in den Donauländern und höchstwahrscheinlich auch in Argentinien. Ein weiteres Moment der Einengung unserer Roggenabsatzmöglichkeiten ist die Konkurrenz, die dem deutschen Export auf dem an sich schmalen Weltmarkt für Roggen, insbesondere in den nordischen Ländern, von Polen und neuerdings auch von Rußland gemacht wird. Polen fördert planmäßig diesen Export, indem es seinen Roggenexporteuren eine Exportprämie gewährt; es betreibt also ein ausgesprochenes Dumping, welchem Deutschland, das sich zu solchen oder ähnlichen Kampfmaßnahmen nicht entfreifen kann, als Konkurrent in den nordischen Ländern nicht gewachsen ist. In dieser Tatsache liegt ein weiteres zusätzliches, prozessenkendes Moment. Daneben ist auch damit zu rechnen, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Kanada als Abgeber für Roggen auftreten können. In Fachblättern des Getreidehandels wird weiter ausgeführt, daß der Uebergang Indiens zur Goldwährung zu einem Sturz des Silberpreises und auf diesem Umwege zu einer verstärkten Ausfuhr von Sojabohnen aus dem fernen Osten nach Europa geführt habe, was ebenfalls zu einer Erschütterung des Futtergetreidemarktes und damit auch des Roggenmarktes beigetragen hat. Das Ueberangebot an Futtergetreide, die völlig ungenügenden deutschen Schutzmaßnahmen hiergegen erschweren dem deutschen Roggen den Weg in den Futtertrog und drücken so den Roggenpreis.

Die deutschen Getreidezölle waren im schwedischen Handelsvertrag mit 6,50 Mark für Weizen und 6,— Mark für Roggen gebunden. Die autonomen Zollsätze betrugen 7,50 Mark und 7,— Mark, aber im Wege der weiteren autonomen Gesetzgebung waren die Zölle als sogen. Zwischenzölle für Weizen und Roggen auf 5,— Mark herabgesetzt worden. Erst im Juni v. Js. gelang die Beseitigung dieser Zwischenzölle, so daß die Vertragszölle von 6,— Mark und 6,50 Mark in Kraft traten. Der Schwedenvertrag konnte erstmalig zum 15. Februar 1930 durch Kündigung außer Kraft gesetzt werden. **Der Zusammenbruch des Roggenmarktes ist das teuere Lehrgeld, das die deutsche Landwirtschaft für ein-**

Dokumente zum Youngplan.

Zu Handelsteil der vorliegenden Zeitung veröffentlichen wir einen Artikel des vormaligen Präsidenten der Versailler Friedensdelegation, Freiherrn von Lersner, über die Entstehung des Youngplanes.

Mißfarbene Zähne entstellen das schönste Antlitz. Uebler Mundgeruch wirkt abstoßend. Beide Schönheitsfehler werden gründlich beseitigt oft schon durch einmaliges Putzen mit der herrlich erfrischend schmeckenden Chlorodont-Zahnpaste. Die Zähne erhalten darnach einen wundervollen Elfenbeinglanz, auch an den Seitenflächen, besonders bei gleichzeitiger Benutzung der dafür eigens konstruierten Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borstenschnitt. Faulende Speisereste in den Zahnzwischenräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden gründlich damit beseitigt. — Chlorodont: Zahnpaste, Mundwasser, Zahnbürsten Einheitspreis 1 Mark bei höchster Qualität. — Man verlange nur echt Chlorodont in blau-weiß-grüner Originalpackung und weise jeden Ersatz dafür zurück.